

**Planungs- und Baudirektion
Rechtsdienst**

Bundesgasse 38
Postfach
3001 Bern
Telefon 031 321 69 61
Telefax 031 321 64 72



Stadt Bern

Kopie

Einschreiben

Bau-, Verkehrs- und Energie-
direktion des Kantons Bern
Rechtsamt
Reiterstrasse 11
3011 Bern

Bern, 04.05.1999 - RWE

Vernehmlassung

für die

Einwohnergemeinde Bern, handelnd durch die Planungs- und Baudirektion
der Stadt Bern, vertreten durch den Rechtsdienst, Bundesgasse 38, 3001
Bern

- Beschwerdegegnerin -

gegen

Verein „Bern bleibt grün“, handelnd durch seine statutarischen Organe,
p.a. Frau Ursula Rudin, Weberstrasse 12, 3007 Bern, vertreten durch Herrn
Fürsprecher Stefan Mesmer, Schwanengasse 9, 3011 Bern

- Beschwerdeführer -

betreffend

Zirkusplatz auf der hinteren Allmend in Bern, Parzelle Bern-Gbbl. Nr.
1924, Kreis IV; **Baubeschwerde** betreffend Verfügung des Regierungsstat-
thalters I von Bern vom 5. März 1999 i.S. **Zirkusplatz hintere Allmend**

I Rechtsbegehren

Die Baubeschwerde sei abzuweisen.

- Unter Kosten- und Entschädigungsfolge -

II Formelles

1. Das Rechtsamt der Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion des Kantons Bern ist sachlich und örtlich zuständig.
2. Mit Verfügung des Rechtsamts der Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion des Kantons Bern vom 9. April 1999, eingegangen am 14. April 1999, wurde die Einwohnergemeinde Bern aufgefordert, bis am 5. Mai 1999 zu Ziffer 1 und 2 des Rechtsbegehrens der Baubeschwerde von „Bern bleibt grün“ eine Vernehmlassung einzureichen. Mit heutiger Postaufgabe ist diese Frist gewahrt.
3. Gemäss Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a hat der Gemeinderat an alle Direktionen generelle Prozessvollmachten erteilt für baurechtliche Verfahren, die im Zusammenhang stehen mit den von ihnen verwalteten, im städtischen Verwaltungsvermögen befindlichen Liegenschaften. Innerhalb der Planungs- und Baudirektion behandelt der Rechtsdienst gemäss Artikel 80 der Ausführungsbestimmungen zur Gemeindeordnung u.a. die rechtlichen Aufgaben im Geschäftsbereich der Planungs- und Baudirektion.

III Materielles

Die Ausführungen des Beschwerdeführers werden bestritten, soweit diese Rechtsschrift nicht ausdrückliche Eingeständnisse enthält. Es wird auch auf die Stellungnahme zur baupolizeilichen Anzeige vom 3. Februar 1999 verwiesen.

1. Sachverhalt

- 1.1 Der Asphaltplatz nördlich der Festhalle soll nach dem vorliegenden Projekt mit Infrastruktur-anlagen und -einrichtungen (Strom- und Wasserversorgung, Ableitung des Abwassers, Einrichtung für Telefon- und Faxverkehr, Ermöglichung des Aufstellens von zwei mobilen WC-Anlagen) ausgerüstet werden, die für eine Nutzung des Areals als Zirkusplatz und für Messezwecke nötig sind. Wie bereits in der baupolizeilichen Anzeige spricht der Beschwerdeführer von einer teilweisen Neuasphaltierung. Er erwähnt, dass ein Drittel des gesamten Areals neu asphaltiert werden solle. Davon kann keine Rede sein. Dieses Vorbringen des Anzeigers entspricht nicht den Tatsachen. Der Belag wird lediglich dort aufgerissen und wieder eingebaut, wo Gräben für das Verlegen von Leitungen ausgehoben werden müssen. Von der für den Zirkus- und Ausstellungsbetrieb minimal notwendigen Infrastruktur sind oberirdisch vier Elektroanschlusskästen und ein Kasten für den Anschluss einer Telefon- und Faxanlage sichtbar. Für den Bezug von Frischwasser und für das Ableiten des Schmutzwassers in die Kanalisation werden an der Oberfläche lediglich je vier Schachtdeckel sichtbar sein. Unzutreffenderweise wird vom Beschwerdeführer weiter behauptet, der Fussweg und die Begrünung inklusive Baumbepflanzung werde entgegen den vor dem Stadtrat vertretenen Plänen nicht realisiert. Tatsache ist, dass der Stadtrat an seiner Sitzung vom 26. November 1998 auf die Voten von Frau Stadträtin U. Rudin, Präsidentin des Vereins „Bern bleibt grün“ nicht eintrat und beschloss, dass aus finanzpolitischen Gründen

und im Sinne der Empfehlungen des „Runden Tisches“ derzeit der Vollausbau des Zirkusplatzes mit Schotterrasen oder einer anderen durchlässigen Bodengestaltung sowie Begrünung und Baumpflanzungen dem Wunschbedarf zugeordnet werden müsse und sich nicht verantworten lasse. Erst bis Ende 2008 sei der Zirkusplatz als begrünte, bzw. als mit Pflanzenwuchs bedeckte Fläche (z.B. Schotterrasen) herzurichten, derart, dass dessen Benützung für Zirkusse, Ausstellungen und dergleichen sowie als Car-Abstellplatz bei Grossanlässen weiterhin gewährleistet bleibe. Um dieses Vorhaben zu realisieren, wird dem Stadtrat eine entsprechende Kreditvorlage unterbreitet werden müssen. Somit ist weder der Fussweg noch die Baumpflanzung Gegenstand des vorliegenden Projekts. Dieses Projekt wird gemäss der Arbeitsausschreibung vom Dezember 1998 (und nicht wie von der Beschwerdeführerin behauptet nach jener vom 16. Januar 1998; das Projekt wurde in der Zwischenzeit redimensioniert) realisiert. Somit sind auch die in der Baubeschwerde erwähnten 350 Tonnen Schwarzelag nicht zutreffend. Da der Belag – wie bereits erwähnt – nur dort aufgerissen und wieder eingebaut wird, wo Gräben für das Verlegen von Leitungen ausgehoben werden müssen, wird wesentlich weniger Teer gebraucht.

- 1.2 Der Beschwerdeführer spricht je nach Beweisführungsziel von einer Neuasphaltierung oder von einer bestehenden Asphaltfläche. Eigentlich kann es doch nur das eine oder das andere sein. In Ziffer 2 zum Sachverhalt hält er fest, dass das für den Zirkusplatz vorgesehene Gelände bereits vor Baubeginn asphaltiert war. Weiter wird zu unrecht behauptet, es bestünden bereits unterirdische Infrastrukturanlagen. Richtig ist, dass keine städtischen Infrastrukturanlagen existieren. Die BEA bern expo hat für eigene Zwecke lediglich Wasserleitungen in das in Frage stehende Gelände gezogen. Diese Einrichtungen sind für den Betrieb eines Zirkusses völlig ungenügend. So fehlt es in erster Linie an der Versorgung mit Strom- und Telefonleitungen und an einem Anschluss an das Abwassernetz.

- 1.3 Die Asphaltierung und die damit verbundene Nutzung wurde seinerzeit (z.T. vor 1975) ohne Baubewilligung ausgeführt und von der Baupolizeibehörde erst nach langer Zeit beanstandet. Die Parkier- und Platznutzung war bereits Gewohnheitsrecht geworden. Die an sich illegale Nutzung wurde dann über Jahre toleriert, weil für diese keine bessere Lösung gefunden wurde.

Die Allmend ist für die Stadt Bern nicht nur als Naherholungsgebiet von grosser Bedeutung, sondern auch als Zirkusplatz. Da wegen des Baus der neuen Ausstellungshalle NAHA 2 der alte Standplatz nicht mehr zur Verfügung steht, muss eine Verschiebung desselben vorgenommen werden, um den Zirkussen nach wie vor gewährleisten zu können, in Bern ihre Gastspiele abzuhalten.

- 1.4 Die Besitzesstandsgarantie hat namentlich die Funktion, im Falle, wo aus irgendwelchen Gründen Bauten oder Anlagen ohne Baubewilligung (in Missachtung der Bauvorschriften oder weil zur Zeit des Baus keine Baubewilligung notwendig war) erstellt wurde, diesen Rechtsmängel zu beheben. Aus Gründen der Rechtssicherheit können solche Mängel geheilt werden. Der in Frage stehende Platz besteht seit Jahrzehnten. Er ist infolge des Eintritts der Verjährung zu einer rechtmässigen Anlage geworden.

Beweismittel

- | | |
|---|------------|
| - Vernehmlassung zur baupolizeilichen Anzeige vom 03.02.1999, hinter den Akten der Vorinstanz | zu edieren |
| - Protokoll Nr. 60 der Stadtratssitzung vom 26.11.1998 | Beilage 14 |
| - Stadtratsbeschluss Nr. 390 vom 26.11.1998 (mit Vortrag des Gemeinderates an den Stadtrat betreffend Neugestaltung eines Zirkusplatzes auf der Allmend vom 02.09.1999 | Beilage 15 |
| - Situationsplan Allmend Zirkusplatz, Erschliessungsanlagen | Beilage 17 |
| - Arbeitsausschreibung 16.01.1998 | Beilage 6 |

- Arbeitsausschreibung 09.12.1998
- Augenschein auf dem südwestlichen Teil der hinteren Allmend in Bern anzuordnen

Beilage 16

2 Gesamtheitliche Betrachtung

- 2.1 Zu diesem Punkt sind keine Bemerkungen anzubringen. Es wird auf die Stellungnahme zur baupolizeilichen Anzeige und das Urteil der Vorinstanz verwiesen.
- 2.2 Die Vorbringen des Beschwerdeführers, wonach die vorgesehenen Anlagen für die blosse Nutzung als Zirkusplatz nicht zwingend erforderlich seien, treffen nicht zu. Statt dass für jedes Zirkusgastspiel aufwendige und teure Provisorien erstellt werden müssen, werden am neuen Standplatz die für einen Zirkus unabdingbaren Infrastrukturanlagen erstellt und so der gleiche Standard hergerichtet, wie er am alten Ort auch vorhanden war. Daher kann von keiner „wesentlichen Erhöhung der Kapazität der Infrastrukturanlagen“ gesprochen werden. Es wird lediglich eine Verlagerung vorgenommen. Aus sämtlichen Projektunterlagen, Gemeinderats- und Stadtratsbeschlüssen geht hervor, dass es im wesentlichen um die Errichtung eines neuen Zirkusstandplatzes geht. Der Beschwerdeführer behauptet zu unrecht, dass es um künftige gewerbliche Nutzung und verstärkte Nutzung als Parkplatz geht. In diesem Zusammenhang sei die Frage erlaubt, weshalb ein Parkplatz Strom- und Telefonanschlüsse oder einen Anschluss an die Kanalisation brauchen würde. Die Aussage eines Vertreters der Beschwerdegegnerin an der Sitzung der Planungs- und Verkehrskommission vom 30. Oktober 1997 wird in der Beschwerde ebenfalls unrichtig wiedergegeben. Sie kann nämlich einzig so interpretiert werden, dass der erwähnte Hartbelag von den Zirkussen als Benützer verlangt wird. Es wird nämlich vorgängig erwähnt, dass jährlich mindestens fünf Zirkusgastspiele plus andere Veranstaltungen auf diesem Platz stattfinden. Mit keinem Wort werden Parkplatzbenützer und dergleichen erwähnt.
- 2.3 Wesentliche Teile des Bauprojekts, das der Beschwerdeführer verhindern möchte, wurden vor Erlass des Nutzungszonenplanes von 1975 erstellt. Die Definition von Naherholung in einem städtischen Gebiet umfasst nicht nur Natur, sondern verschiedenartige Nutzungen einer dafür vorgesehenen Fläche. Die heutige Anlage der Allmend ist alles andere als natürlich, dient aber in ausgezeichneter Weise den Bedürfnissen der städtischen Bevölkerung (Zirkus, Ausstellungen wie BEA, Liegewiese, Sport- und Turnplatz, etc.). Innerhalb der Nutzung einer städtischen Allmend muss ohne Zweifel die Nutzung als Zirkusplatz zulässig sein. Auch über die Definition unterirdischer Bauten in Grünflächen enthält die Beschwerde falsche Informationen. Der Rechtsvertreter vermischt die Kriterien für ober- und unterirdische Bauten. Während oberirdische Bauten der Bewirtschaftung dienen müssen, ist dies weder nach dem Wortlaut der Vorschrift noch nach den Materialien für unterirdische Bauten erforderlich. Vielmehr sollen unterirdische Bauten, die den Zweck der Grünfläche oberirdisch nicht beeinträchtigen, gestattet sein.
- 2.4 Wie oben bereits ausgeführt, spielt es keine Rolle, ob der Parkplatz Gegenstand eines Baubewilligungsverfahrens war.

Aus Ziffer 4 der Baubeschwerde ergibt sich nicht klar, was der Beschwerdeführer noch alles geprüft haben will. Für die Beschwerdegegnerin ist klar, dass die heutige Anlage wegen der Besitzesstandsgarantie beibehalten werden darf. Bei der Besitzesstandsgarantie muss beachtet werden, dass die Rechtswidrigkeit einer Baute oder Anlage nicht verstärkt werden darf, was vorliegend nicht zutrifft. Unter dieser Voraussetzung dürfen sie umgebaut oder erweitert werden. Nur wegen der Finanzknappheit hat der Stadtrat von Bern die Umwandlung der asphaltierten Fläche auf einen späteren Zeitpunkt verschoben, dennoch besteht die klare Zielsetzung, den Zirkusplatz einer Grünfläche anzunähern und namentlich den Lastwagenparkplatz aufzuheben.

Beweismittel

- Protokoll der Sitzung der Planungs- und Verkehrskommission vom 1997
- die bisher genannten

Beilage 4

3. Erstellung von bewilligungspflichtigen Bauten

- 3.1 Dass die baulichen Massnahmen nicht bewilligungspflichtig sind, ergibt sich aus einer Weisung des kantonalen Amtes für Gemeinden und Raumordnung vom 6. November 1995, Seite 13. Danach ist das Erstellen von unterirdischen Anlagen der Baulanderschliessung baubewilligungsfrei. Dies deshalb, weil in Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe b Ziffer 5 BewD ausdrücklich nur noch die „oberirdischen“ Anlagen der Baulanderschliessung als baubewilligungspflichtig erklärt werden. Bisher waren „Anlagen der Baulanderschliessung“ baubewilligungspflichtig. Die Neuformulierung kann nur so ausgelegt werden, dass „nicht oberirdische“, also unterirdische Erschliessungsanlagen neu baubewilligungsfrei sein sollen („qualifiziertes“ Schweigen des Gesetzgebers). Was für die Baulanderschliessung gilt, muss auch für Erschliessungsanlagen von übrigen Land gelten.

Artikel 15 der Vorschriften zum Zonenplan der Stadt Bern über die zulässigen Nutzungsarten sieht unter anderem vor, dass unterirdische Bauten zugelassen sind, wenn sie den Zweck der Grünflächen nicht beeinträchtigen. Die durch das Bauprojekt vorgesehenen Erschliessungsanlagen sind bis auf die fünf Anschlusskästen unterirdisch. Käme die urteilende Behörde zum Schluss, dass wegen dieser fünf oberirdischen Anschlusskästen eine Baubewilligung nötig sei, so wäre eine Verlegung der Kästen in den Boden durchaus möglich.

Die wegen der Erschliessung mit Elektrizität und Telefonleitungen an der Oberfläche sichtbaren fünf Anschlusskästen sind als geringfügige Bauvorhaben im Sinne von Artikel 1 Absatz 3 Buchstabe b zu qualifizieren. Auch diese Kästen könnten sogar in den Boden verlegt werden.

Wie ausgeführt werden tatsächlich lediglich die für das Verlegen der Leitungen notwendigen Gräben wieder mit Asphalt bedeckt. Es werden weder weitere Teile des bestehenden Asphaltbelages erneuert, noch werden Flächen neu mit Asphalt belegt.

- 3.2 Die vom Beschwerdeführer genannte Bausumme von Fr. 680'000.-- trifft zu, ebenso die genannte Fläche von 11'000m². Bezüglich der Grabentiefe ist darauf hinzuweisen, dass lediglich für einen Anschluss an eine bestehende Leitung ein Graben mit einer Tiefe von 4,93 m ausgehoben werden muss. Dieser Anschluss befindet sich ausserhalb der Grünfläche. Ansonsten werden die Leitungen durchschnittlich in eine Tiefe von ca. 2 m verlegt. Dass die Menge von ca. 350 Tonnen Schwarzbettag unzutreffend ist, wurde bereits ausgeführt. Im übrigen werden tatsächlich 1'100 m³ Materialien verwendet. Dabei handelt es sich zum grössten Teil um Kies, das für das gesamte Bauvorhaben (auch ausserhalb der Grünzone) verwendet wird. Wer sich näher mit dem Bauwesen befasst, weiss, dass auch für kleinere Bauvorhaben beachtliche Mengen an Materialien verwendet werden und dass während eines Baus oft grössere Eingriffe unausweichlich sind, die jedoch im Endzustand optisch, technisch und ökologisch zurückgebaut werden.

Beweismittel

- die bisher genannten

4. Erneuerung der Anlage

- 4.1 Es geht nicht um die Verbesserung bestehender Infrastrukturanlagen für gewerbliche Nutzungen, sondern um die Herrichtung eines Standplatzes für Zirkusse. Der Beschwerdeführer geht von falschen Tatsachen aus, wenn er behauptet, bereits heute bestünde eine Erschliessung für Wasser- und Abwasser. Richtig ist, dass keine städtischen Infrastrukturanlagen vorhanden sind. Die BEA bern expo hat für eigene Zwecke lediglich Wasserleitungen in das in Frage stehende Gelände gezogen. Um auf längere Zeit gewährleisten zu können, dass Zirkusse in Bern Aufführungen abhalten können, muss ein Platz mit der notwendigen Infrastruktur zur Verfügung gestellt werden. Dieser soll mit dem vorliegenden Bauvorhaben realisiert werden. Es geht somit in keiner Weise darum, eine intensivere und teilweise auch qualitativ andersartige Nutzung zu ermöglichen.
- 4.2 Ein bis anhin an einem andern Ort (Fläche, wo die neue Ausstellungshalle entsteht) vorhandene Infrastruktur wird quasi verlegt. So gesehen liegt sicher keine Verbesserung des heutigen Zustandes, und damit keine relevante wesentliche Änderung vor.

Wie bereits in Ziffer 3.1 ausgeführt, könnten die an der Oberfläche sichtbaren Kästen in den Boden verlegt werden, so dass in Anwendung von Artikel 15 der Vorschriften zum Zonenplan der Stadt Bern über die zulässigen Nutzungsarten die Zonenvorschriften nicht berührt würden und auch so gesehen keine Baubewilligung notwendig wäre.

Beweismittel

- die bisher genannten

5. Bewilligungspflichtige Zweckänderung

- 5.1 Der neue Zirkusstandplatz wird heute als Parkplatz für PW's und insbesondere Lastwagen sowie als Ausstellungsfläche genutzt. Diese beiden Nutzungsarten bleiben auch künftig bestehen, mit der Einschränkung, dass das Areal nur noch als Parkplatz bei Grossanlässen gebraucht werden wird. Vorallem wird damit der Stadt Bern ihr Zirkusstandplatz auf der Allmend erhalten. Gegenüber dem heutigen Zustand liegt keine eingreifende Zweckänderung vor.
- 5.2 Eine Grünfläche kann für verschiedenartige Nutzungen dienen, namentlich wenn es sich um eine städtisch Allmend handelt. Die Mehrheit der städtischen Bevölkerung hat vor kurzer Zeit eine Planung betreffend die Nutzung der vorderen Allmend als Ausstellungsfläche gutgeheissen. Diese Mehrheit will nicht nur Gras und Bäume, sondern auch einen Zirkusplatz, Ausstellungen und dergleichen.

Die heutige Nutzung ist unter dem Gesichtswinkel der Besitzesstandsgarantie zonenkonform. Auch die Beschwerdegegnerin hält aber die Aufhebung des Lastwagenparkplatzes für angebracht und anerkennt, dass dieser an eine geeignete Stelle verlegt werden muss. Dagegen ist die vorgesehene Nutzung der Allmend offensichtlich nicht rechtswidrig, umso mehr als der ursprüngliche Zirkusplatz wegen rechtmässig erstellter Bauten (NAHA 2) aufgehoben werden musste, bzw. innerhalb der grossen Allmend verlegt werden musste.

Bei der Nutzung als Zirkusplatz handelt es sich nicht um eine neue „Nutzungsart“, wie der Beschwerdeführer behauptet. Seine weiteren Ausführungen sind unzutreffend.

- 5.3 Es handelt sich um keine Änderung der Zweckbestimmung der Anlage, da lediglich eine Verlegung des Zirkusplatzes innerhalb des Geländes der grossen Allmend vorgenommen wurde.

Da die Grünzone „Allmend“ vielfältige Nutzungen (Zirkus, Ausstellungen, Wiesen, etc.) erfüllen soll, beeinträchtigen die vorgesehenen Infrastrukturanlagen, die grösstenteils unterirdisch sind, den Zweck der Grünfläche nicht. Sie dienen vielmehr dem zonenkonformen Zweck (Artikel 79 Absatz 2 Baugesetz). Übereinstimmend lautet Artikel 15 der Vorschriften zum Nutzungszonenplan. Auf einer Allmend gehören verschiedene Nutzungen – auch Veranstaltungen – zur Bewirtschaftung. Eine bereits asphaltierte Fläche kann nicht als Grünfläche bewirtschaftet werden. Im übrigen gibt es auf den Allmenden überwiegend Gras- und Rasenflächen sowie Bäume für den ökologischen Ausgleich.

- 5.4 Wie bereits ausgeführt, ist der Zirkusplatz auf der hinteren Allmend keine neue Nutzungsart, wie der Beschwerdeführer fälschlicherweise behauptet. Es wird auf die entsprechenden Ausführungen in dieser Rechtsschrift verwiesen.

Beweismittel

- die bisher genannten

6. Schlussbemerkungen

- 6.1 Die vom Verein „Bern bleibt grün“ eingereichte Baubeschwerde dient nicht der Durchsetzung von rechtlichen Ansprüchen, sondern es wird versucht, politische Anliegen durchzusetzen. Am 22. Januar 1998 wies der Stadtrat das Projekt für die Neugestaltung eines Zirkusplatzes auf der Allmend mit verschiedenen Auflagen (keine Umzonungen, Randbegrünung und Bäume, keine Parkierung, Zirkusplatz mit Schotterrassen oder Mergelbelag ausstatten, ...) an den Gemeinderat zurück. Darauf hin wurde ein neues Projekt ausgearbeitet, wobei dieses sich aus finanziellen Gründen auf die Bereitstellung der unterirdischen Infrastrukturanlagen und –einrichtungen für den neuen Zirkusplatz beschränkte. Im Vortrag des Gemeinderates an den Stadtrat betreffend Neuerstellung eines Zirkusplatzes auf der Allmend vom 2. September 1998 wurde festgehalten, dass aus finanzpolitischen Gründen und im Sinne der Empfehlungen des „Runden Tisches“ derzeit der Vollausbau des Zirkusplatzes mit Schotterrassen oder einer anderen durchlässigen Bodengestaltung sowie Begrünung und Baumpflanzungen dem Wunschbedarf zugeordnet werden müsse und sich zur Zeit nicht verantworten lasse. An der Sitzung vom 26. November 1998 stimmte der Stadtrat entgegen den Voten von Frau Stadträtin U. Rudin, Präsidentin des Vereins „Bern bleibt grün,“ (Beschwerdeführer) der reduzierten Kreditvorlage zu. Die Herrichtung des Zirkusplatzes als begrünte, durchlässige und mit Randbepflanzungen und Bäumen versehene Fläche wurde auf das Jahr 2006 (Kreditvorlage an den Stadtrat) verschoben. Das eingeleitete Beschwerdeverfahren entspringt somit politischen Motiven. Es wäre leichtfertig, wenn wegen einer politisch motivierten Beschwerde der Zirkusplatz für die Saison 1999 nicht rechtzeitig bereitgestellt werden könnte.
- 6.2 Wie bereits in der baupolizeilichen Anzeige wird seitens des Beschwerdeführers nun auch in der Baubeschwerde wiederholt auf die Nutzung der hinteren Allmend als Parkplatz hingewiesen. Noch einmal ist in diesem Zusammenhang darauf hinzuweisen, dass gemäss dem Sachplan „Parkierung auf den Allmenden“ der Platz nördlich der Festhalle für Zirkusse, Ausstellungen und dergleichen sowie als Carparkplatz bei Grossveranstaltungen vorgesehen ist. Während der Übergangszeit bis zur Erstellung einer Parkplatzanlage im Gebiet Wankdorf stehen 510 Parkplätze zur Verfügung. Diese sind aber nur verfügbar, wenn die unterirdischen Parkplätze besetzt sind. Im Vortrag des Gemeinderates an den Stadtrat betreffend Sachplan Parkierung auf den Allmenden wird unter anderem ausgeführt, dass die Parkplätze auf der hinteren Allmend gemäss dem Umweltbericht zum Zonenplan Stadion Wankdorf im Sinne von flankierenden Massnahmen für den motorisierten Verkehr so abgesperrt oder aufgehoben werden müssen, dass eine unerwünschte Benüt-

zung durch Kundinnen und Kunden des geplanten Einkaufszentrums auf dem Stadionareal Wankdorf ausgeschlossen werden kann. Weiterhin möglich sein soll dagegen nach dem ESP-Richtplan die Nutzung der verbleibenden Parkplätze für Veranstaltungsbesuchende. Die Benützung der Hinteren Allmend als Carparkplatz bei Grossanlässen soll mangels alternativer Standorte gewährleistet bleiben.


Beweismittel

- | | |
|---|------------|
| - Protokoll Nr. 2 der Stadtratssitzung vom 22.01.1998 | Beilage 7 |
| - Stadtratsbeschluss Nr. 14 vom 22.01.1998 | Beilage 8 |
| - Gemeinderatsbeschluss Nr. 0414 vom 18.02.1998 | Beilage 9 |
| - Gemeinderatsbeschluss Nr. 1862 vom 19.08.1998 | Beilage 11 |
| - Gemeinderatsbeschluss Nr. 1995 vom 02.09.1998 | Beilage 12 |
| - Protokoll der Sitzung der Planungs- und Verkehrskommission vom 19.11.1998 | Beilage 13 |
| - die bisher genannten | |

Der eingangs gestellte Antrag ist damit begründet.

Mit freundlichen Grüßen

**Rechtsdienst der Planungs- und
Baudirektion der Stadt Bern**



Regula Wepf, Fürsprecherin

In drei Exemplaren

Kopie an Gegenpartei

Beilagen gemäss Verzeichnis in der Rechtsschrift vom 21. April 1999 betr. vorsorglicher Massnahmen